

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 37

11.09.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **NOCH NIE ERLEBTES ANLEGERVERTRAUEN.** Zum ersten Mal geschah es auf einer Auktion der Zentrale zur Verwaltung der Auslandsschulden, ungarische Staatsanleihen zu einem negativen Ertrag zu veräußern, was obendrein bei beträchtlicher Überzeichnung vor sich ging. Dank wachsender Beschäftigung und Investitionen sowie im Ergebnis der Steuersenkungen hat sich in Ungarn eine günstige Lage eingestellt, welchem Umstand zu verdanken ist, dass die Anleger bereitwillig Verluste bei ihrer Geldanlage zur Finanzierung des ungarischen Staates in Kauf nehmen.
- **MEHR ALS EINHUNDERT MILLIONEN MITTELEUROPÄER SIND GEGEN DIE MIGRATIONSQUOTEN.** Auf der Grundlage der durch das Nézőpont-Institut in elf mitteleuropäischen Ländern durchgeführten Meinungsforschung weisen unter den im Großen und Ganzen 157 Millionen Bürgern im Wahlalter in der Region nahezu 106 Millionen Menschen die Migrationsquoten zurück.
- **QUOTENPROZESS: SELBSTBESTÄTIGUNG FÜR DIE BRÜSSELER ELITE.** Der Europäische Gerichtshof hat eine politische Entscheidung getroffen, die Brüsseler EU-Institutionen stehen weiter hinter den funktionsunfähigen verbindlichen Ansiedlungsquoten. Wenngleich die Frist zur Durchführung des Quotenbeschlusses am 26. September, also in weniger als drei Wochen ausläuft, erfüllen nicht einmal jene Länder, die Ungarn wegen seiner ablehnenden Haltung der Quotenregelung am heftigsten attackieren, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.
- **SIEG IM ERGEBNIS DES ENTSCHIEDENEN AUFTRETENS.** In der Ukraine ebenso wie in Rumänien wurden die ungarischen Minderheiten schweren Attacken ausgesetzt. Das Parlament in Kiew hatte am ersten Tag der Herbstsitzung nichts Wichtigeres zu tun, als das neue Bildungsgesetz zu verabschieden, das sich für die Minderheiten extrem diskriminierend erweist. In Rumänien wurde versucht, den Betrieb des Römisch-Katholischen Gymnasiums in Marosvásárhely (Targu Mures/ Neumarkt) unmöglich zu machen; dank des entschiedenen Auftretens der ungarischen Regierung machte die rumänische Führung jedoch einen Rückzieher.

- DIE REGIERUNGSPARTEIEN SIND DIE GEWINNER DES SOMMERS. Im August gab es ausgehend von den Umfrageergebnissen der Meinungsforschungsinstitute hinsichtlich der Sympathiewerte für die Parteien keine besonderen Verschiebungen im Vergleich zum Juli. Fidesz-KDNP würden, wenn die Wahlen am kommenden Sonntag stattfänden, im Kreis der sicheren Wähler 47 Prozent erreichen, was nahezu mit dem 2014 erzielten Wahlergebnis übereinstimmt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

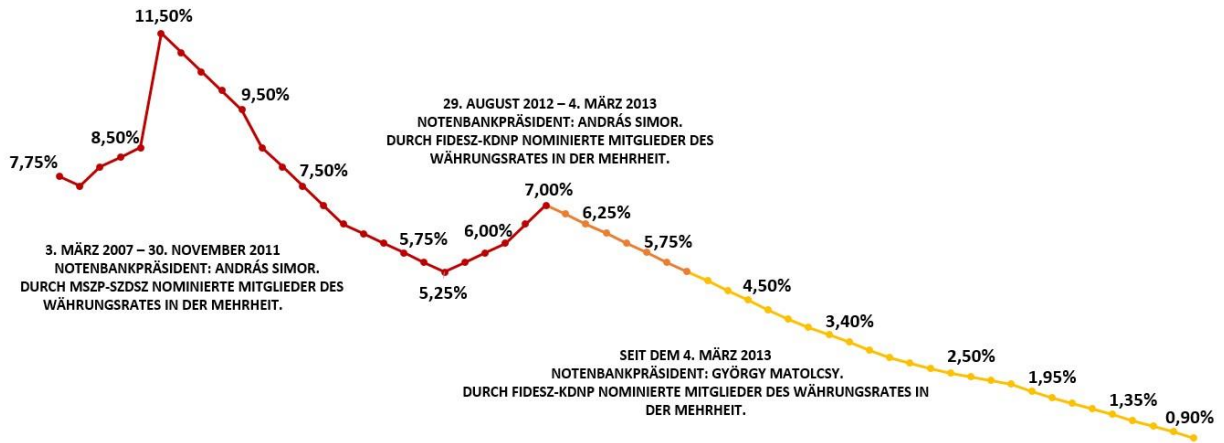
Noch nie erlebtes Anlegervertrauen

Zum ersten Mal geschah es auf einer Auktion der Zentrale zur Verwaltung der Auslandsschulden, ungarische Staatsanleihen zu einem negativen Ertrag zu veräußern, was obendrein bei beträchtlicher Überzeichnung vor sich ging. Dank wachsender Beschäftigung und Investitionen sowie im Ergebnis der Steuersenkungen hat sich in Ungarn eine günstige Lage eingestellt, welchem Umstand zu verdanken ist, dass die Anleger bereitwillig Verluste bei ihrer Geldanlage zur Finanzierung des ungarischen Staates in Kauf nehmen.

Seit der ungarische Staat Kredite aufnimmt, ist es noch nie vorgekommen, dass die Anleger dem Staat für ihr Darlehen gezahlt hätten. Die Zentrale zur Verwaltung der Auslandsschulden (ÁKK) veräußerte auf ihrer für den 5. September angesetzten Auktion im Nennwert von 15 Milliarden Forint Diskontschatzbriefe mit einem negativen Ertrag von -0,02 Prozent. Sowohl der erzielte Mindest- als auch der Maximalertrag und die Durchschnittsrendite fielen negativ aus. Die ÁKK nahm wie gehabt Angebote für Papiere im Volumen von 15 Milliarden Forint entgegen, hätte aber ausgehend von der Nachfrage gleich dreimal so viel veräußern können: Die Anleger gaben Offerten über insgesamt 49,6 Milliarden Forint ab.

Zu den niedrigen Erträgen trägt in enormem Maße der seit Jahren vollzogene Zinssenkungszyklus der Notenbank bei, in dessen Ergebnis auch die Bevölkerung wesentlich günstiger an Kreditgelder gelangt. Ungeachtet des kontinuierlich erstarkenden Verbrauchs bleibt die Inflationsrate aber auch weiterhin niedrig, weshalb die Notenbank in naher Zukunft noch zusätzliche monetäre Lockerungen vornehmen kann. In diesem Sinne ist es nicht auszuschließen, dass der Währungsrat auf einer seiner nächsten Sitzungen den Leitzins nochmals senken wird.

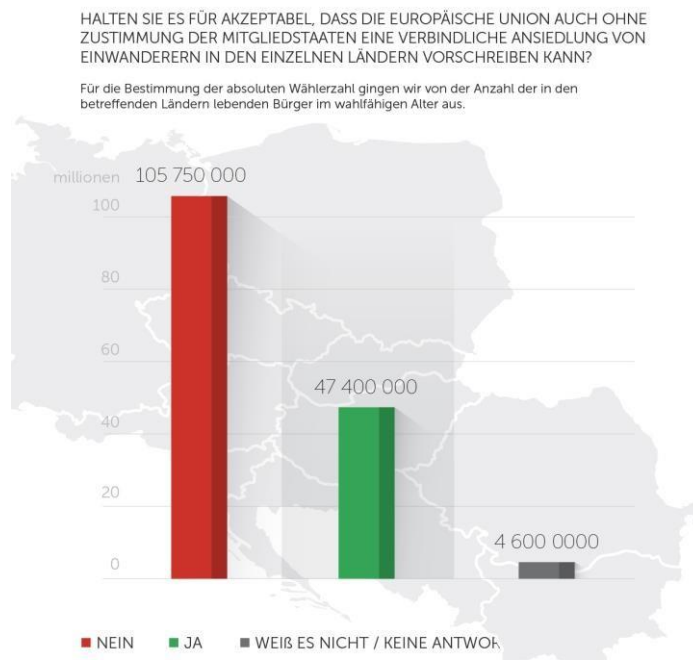
DER LEITZINS SINKT SYSTEMATISCH, SEIT IM WÄHRUNGSRAT DER NOTENBANK DIE DURCH DAS SEIT 2010 ARBEITENDE PARLAMENT BERUFENEN MITGLIEDER IN DIE MEHRHEIT GELANGT SIND



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Mehr als einhundert Millionen Mitteleuropäer sind gegen die Migrationsquoten

Auf der Grundlage der durch das Nézópont-Institut in elf mitteleuropäischen Ländern durchgeführten Meinungsforschung weisen unter den im Großen und Ganzen 157 Millionen Bürgern im Wahlalter in der Region nahezu 106 Millionen Menschen die Migrationsquoten zurück.



Das Nézópont-Institut nahm in Verbindung mit der Migrationsquote in elf mitteleuropäischen

Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien) Meinungsforschungen vor, die durch den Entscheid des Europäischen Gerichtshofs vom Mittwoch große Aktualität erlangen. Die Erhebung zeigt nämlich, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in den untersuchten Ländern die Migrationsquoten zurückweist; nahezu 106 Millionen unter den im Großen und Ganzen 157 Millionen Bürgern im Wahlalter.

Die Migrationsquote wird von 94 Prozent der Slowaken im Wahlalter, von 93 Prozent der Tschechen, 89 Prozent der Bulgaren, 87 Prozent der Ungarn, 83 Prozent der Slowenen, 82 Prozent der Rumänen, 74 Prozent der Polen, 71 Prozent der Kroaten und 70 Prozent der Serben zurückgewiesen. Die gleiche Frage spaltet derweil die Deutschen und die Österreicher, nachdem in diesen beiden Ländern knapp die Hälfte der Befragten (in Deutschland 50, in Österreich 46 Prozent) diese Konzeption ablehnen.

Methodik

Die telefonische Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 6. Juni bis 6. Juli 2017 mit der Befragung von jeweils 1.000 Personen in elf mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien, Bulgarien). Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Die maximale Fehlertoleranz beträgt im Falle einer Stichprobe mit 1.000 Personen 3,2 Prozent.

Quotenprozess: Selbstbestätigung für die Brüsseler Elite

Der Europäische Gerichtshof hat eine politische Entscheidung getroffen, die Brüsseler EU-Institutionen stehen weiter hinter den funktionsunfähigen verbindlichen Ansiedlungsquoten. Wenngleich die Frist zur Durchführung des Quotenbeschlusses am 26. September, also in weniger als drei Wochen ausläuft, erfüllen nicht einmal jene Länder, die Ungarn wegen seiner ablehnenden Haltung der Quotenregelung am heftigsten attackieren, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Unter Berücksichtigung aller betroffenen Länder gelang es bislang weniger als 28.000 Flüchtlingen unter den vorgegebenen 98.225 Personen, ein neues Zufluchtsland zu finden. Unter jenen Ländern, die Ungarn besonders vehement angreifen, hat Deutschland bis Anfang September von 27.536 Asylbewerbern lediglich 7.852 aufgenommen, Frankreich von 19.714 nur 4.278 und Belgien von 3.812 nur 936 Personen.

Besonders interessant ist die Lage der Staaten des Baltikums, die anfänglich bemüht waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen, den Umsiedlungsmechanismus heute aber praktisch nicht länger vollstrecken. In den letzten Wochen hat weder Estland noch Lettland oder Litauen weitere Migranten aufgenommen. Das hat seine Ursache darin, dass die Erfahrungen zeigen: Die in diese Länder umgesiedelten Asylbewerber verlassen das ihnen aufgenötigte Land und ziehen regelmäßig Richtung Westen, beispielsweise nach Deutschland oder Frankreich weiter. Angesichts der fehlenden Funktionsfähigkeit der Quoten ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs nichts weiter, als eine Selbstbestätigung der Brüsseler Elite.

Eine seit langem anhaltende Diskussion ist in diesem Kontext, was geschieht, wenn das Gemeinschaftsrecht mit den Grundgesetzen in Mitgliedstaaten kollidiert: Kann denn eine Entscheidung auf der Ebene der Europäischen Union die nationale Souveränität, die verfassungsmäßige Identität überschreiben? Diese Frage zu entscheiden obliegt nicht dem EUGremium, sondern dem ungarischen Verfassungsgericht. Die ungarische Gesellschaft hat auf jeden Fall im Zuge des Referendums und zahlreicher Meinungsforschungen eindeutig ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, die alle Politiker und gewählten Volksvertreter berücksichtigen müssen.

Sieg im Ergebnis des entschiedenen Auftretens

In der Ukraine ebenso wie in Rumänien wurden die ungarischen Minderheiten schweren Attacken ausgesetzt. Das Parlament in Kiew hatte am ersten Tag der Herbstsitzung nichts Wichtigeres zu tun, als das neue Bildungsgesetz zu verabschieden, das sich für die Minderheiten extrem diskriminierend erweist. In Rumänien wurde versucht, den Betrieb des Römisch-Katholischen Gymnasiums in Marosvásárhely (Targu Mures/ Neumarkt) unmöglich zu machen; dank des entschiedenen Auftretens der ungarischen Regierung machte die rumänische Führung jedoch einen Rückzieher.

Die in der Ukraine verabschiedete Rechtsnorm schreibt mit Ausnahme des Kindergartenalters und der Ausbildung in den Grundschulen auf allen weiteren Unterrichtsebenen – von der Mittelschule bis hin zur Universität – das Unterrichten in der Staatssprache verbindlich vor, was zur Schließung der ungarischsprachigen Schulen führen kann. In Rumänien darf eine Lehreinrichtung, die infolge eines Verfahrens der Antikorruptions-Staatsanwaltschaft (DNA) in eine ungewisse juristische Lage gelangte, keine Schüler in die Erstklassen aufnehmen.

Die ungarische Regierung ist bestrebt, angesichts dermaßen schwerwiegender Angriffe auf die ungarischen Minderheiten im Ausland mit wirkungsvollen Techniken der Diplomatie aufzutreten (beispielsweise wird auf unbestimmte Zeit die Unterstützung für den Beitrittsprozess Rumäniens in verschiedene internationale Organisationen wie etwa die OECD ausgesetzt), um zu erreichen, dass die betreffenden Länder erst gar nicht weiter versuchen sollen, den Fortbestand der ungarischen Kultur und Sprache zu unterminieren.

Die rumänische Regierung hat infolgedessen in dieser Frage bereits zum Rückzug geblasen, woraufhin das Direktorat der Lehraufsicht für den Kreis Maros am Freitag das Römisch-Katholische Gymnasium in Marosvásárhely unter den Schirm des Farkas-Bolyai-Gymnasiums einordnete.

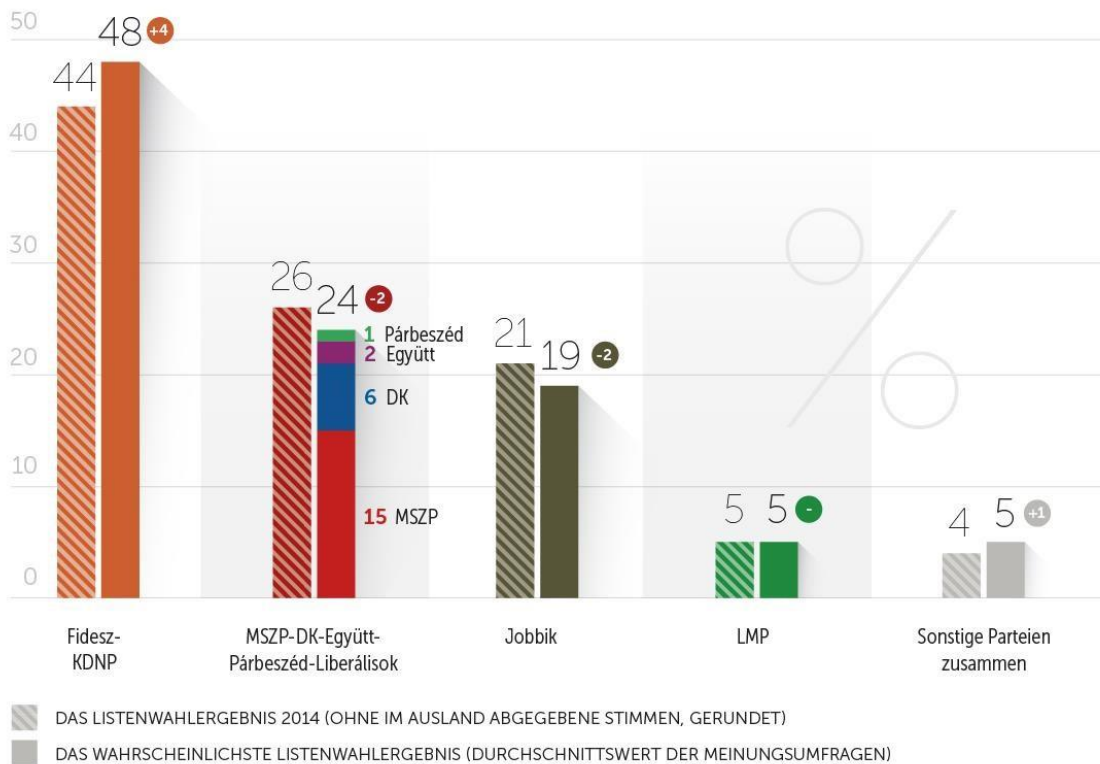
UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Regierungsparteien sind die Gewinner des Sommers

Im August gab es ausgehend von den Umfrageergebnissen der Meinungsforschungsinstitute hinsichtlich der Sympathiewerte für die Parteien keine sonderlichen Verschiebungen im Vergleich zum Juli. Fidesz-KDNP würden, wenn die Wahlen am kommenden Sonntag stattfänden, im Kreis der sicheren Wähler 47 Prozent erreichen, was nahezu mit dem 2014 erzielten Wahlergebnis übereinstimmt.

Die Zustimmung für Fidesz-KDNP im Kreis der wahlberechtigten Bürger steht auf der Grundlage des Durchschnittswertes von fünf Meinungsumfragen bei 29 Prozent. Die Unterstützung für die Jobbik fiel gegenüber dem vorigen Monat um 1 Prozentpunkt (auf 11 Prozent) zurück, hält sich aber auch so noch über den Sympathiewerten für die Sozialisten, die im August bei 9 Prozent gemessen wurden.

Unter den kleineren Parteien verfügte im August die DK über die größte Unterstützung (4 Prozent), die LMP erreichte 3 Prozent, die Momentum-Bewegung 2 Prozent, Együtt, Liberale und die Witzpartei des zweischwänzigen Hundes wurden jeweils bei 1 Prozent gemessen. Die Párbeszéd wiederum erreicht auch weiterhin im Schnitt nicht einmal die Unterstützung von einem Hundertstel der Bevölkerung.



Im Kreis der sicheren Wähler würden Fidesz-KDNP 48 Prozent erreichen, was weitgehend mit dem Wahlergebnis von 2014 übereinstimmt. Ein eventuell doch noch zustande kommendes Wahlbündnis der Linken würde heute 24 Prozent an Stelle der damaligen 26 Prozent erreichen, die Jobbik steht – indem sie ihr im vorigen Monat gemessenes Ergebnis hält – bei 19 Prozent und liegt damit knapp unter den 2014 erreichten 21 Prozent. Jeweils im Alleingang würden für die MSZP 15 Prozent der sicheren Wähler, für die DK 6 Prozent, für Együtt 2 Prozent, für Párbeszéd und Liberale jeweils 1 Prozent stimmen.

Die LMP würde bei Betrachtung des Durchschnittswertes der Umfragen so ins Parlament einziehen, dass sie die Wahlhürde von 5 Prozent gerade so meistern könnte, wohingegen die Momentum-Bewegung mit stagnierenden 3 Prozent kein Mandat erlangte, die freilich bei einzelnen Forschungsinstituten auch 5 Prozent erreicht.

PROGNOSE

- Am 13. September vergibt das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Lima die Austragungsrechte der Olympischen Spiele für 2024 an Paris und für 2028 an Los Angeles.
- Am 13. September beginnt die dreitägige auswärtige Fraktionssitzung von Fidesz-KDNP in Velenca. Die Regierungsparteien treffen sich vor dem Auftakt jeder Sitzungsperiode im Parlament zu mehrtägigen Tagungen; diese Tradition reicht bis ins Jahr 2010 zurück.
- Am 14. September kommt es zur Ablegung des Diensteides durch Ildikó Pelcz-Gáll vor dem Europäischen Gerichtshof. Die frühere Abgeordnete des Europaparlaments wurde Mitglied im 28-köpfigen Gremium des Europäischen Rechnungshofes.
- Am 16. September stellt die linke Splitterpartei Együtt ihr Wahlprogramm vor.
- Am 18. September hält Viktor Orbán eine Rede im Parlament. Der Ministerpräsident wird den vorläufigen Plänen zufolge noch vor Eröffnung der Tagesordnung am ersten Tag der Herbstsitzungsperiode des Parlaments sprechen.